VBRG

VERBAND DER BERATUNGSSTELLEN FÜR BETROFFENE RECHTER, RASSISTISCHER UND ANTISEMITISCHER GEWALT E.V.

SOLIDARISCH & PROFESSIONELL

JAHRESBERICHT 2020

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1:
Die Arbeit des der VBRG in 2020

Kapitel 2:
Im Mittelpunkt: Die Perspektive der Betroffenen

Kapitel 3:
Gut beraten: Qualitätssicherung in Zeiten der Pandemie

Kapitel 4:
Der Opferhilfsfonds:
Gemeinsam existenzielle Folgen rechter Gewalt abmildern

Kapitel 5:
Ein internationales Netzwerk:
Enhancing Stakeholder Awareness and Resources
for Hate Crime Victim Support (EStAR)

VBRG
VERBAND DER BERATUNGSSTELLEN FÜR BETROFFENE RECHTER, RASSISTISCHER UND ANTISEMITISCHER GEWALT E.V.

LEUCHTLINIE Beratung für Betroffene von rechter Gewalt in Baden-Württemberg
ZEBRA Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e.V.
soliport Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt solidarisch beraten und unterstützen
empower Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
LOBBI
Opferperspektive
SUPPORT FÜR BETROFFENE RECHTER GEWALT
MOBILE OPFER-BERATUNG Unterstützung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
OBR Opferberatung Rheinland
response. Beratung für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt Ein Angebot der Bildungsstätte Anne Frank
ReachOut
BEFORE Beratung und Unterstützung bei Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt
ezra
B.U.D. BERATUNG UNTERSTÜTZUNG DOKUMENTATION Für Opfer rechtsextremer Gewalt
Beratung Unterstützung Dokumentation FÜR BETROFFENE RECHTER GEWALT

DER PARITÄTISCHE UNSER SPITZENVERBAND Der VBRG e. V. ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin.

Als zivilgesellschaftliche non-profit Organisation ist der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. auf Spenden und staatliche Förderungen angewiesen. Die folgenden Förderer ermöglichten in 2020 maßgeblich unsere Arbeit:

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben!

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Demokratie-Stiftung campact!

Die Arbeit des VBRG und der Mitgliedsorganisationen in 2020

Kapitel 1

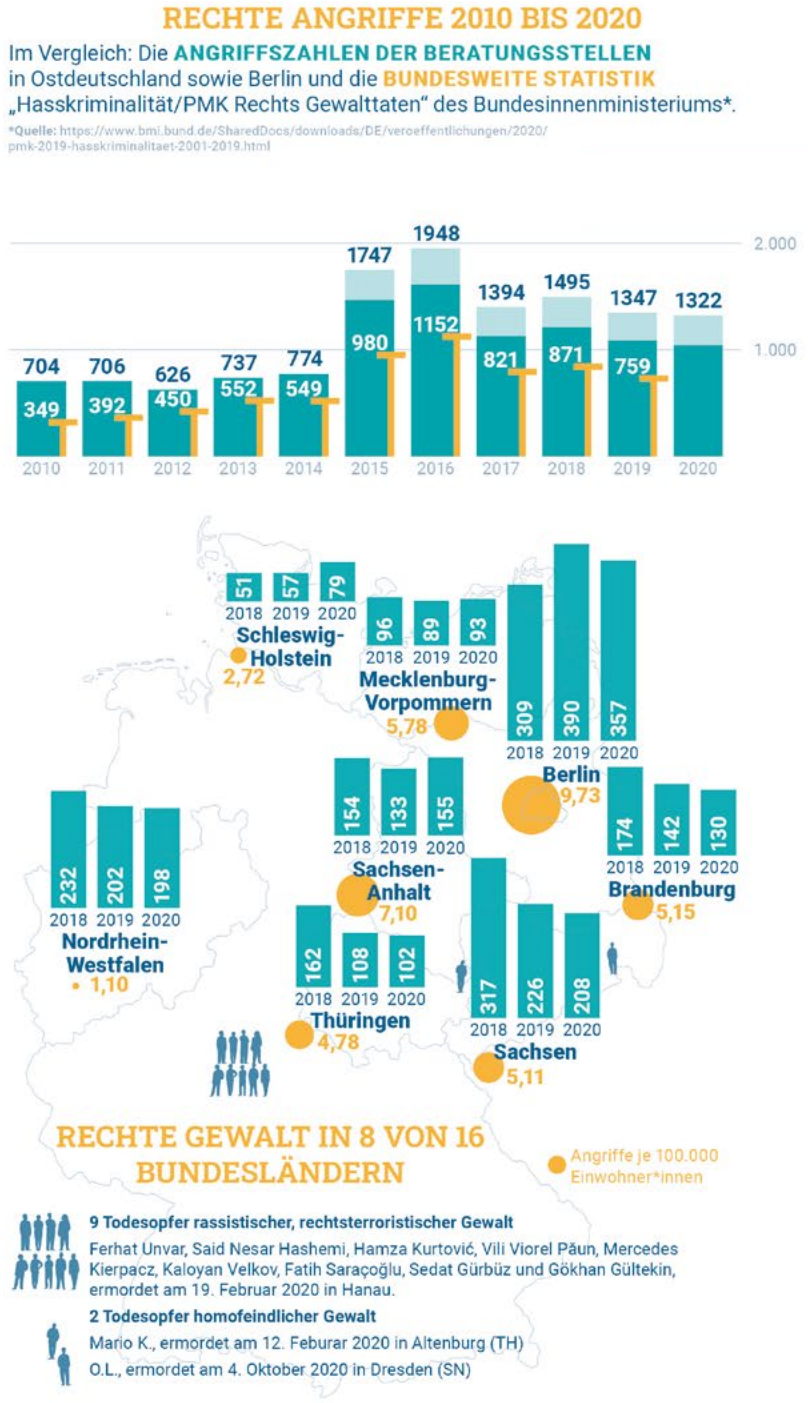
Die Arbeit des VBRG und der Mitglieds-organisationen in 2020

Liebe Leser*innen,
Liebe Freund*innen,
Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2020 war in Deutschland von mörderischem rassistisch motivierten Rechtsterrorismus geprägt. Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun und Fatih Saraçoğlu starben am 19. Februar 2020 beim rassistisch motivierten rechtsterroristischen Attentat in Hanau. Zu der schrecklichen Bilanz von Rassismus, Rechtsterrorismus und rechter Gewalt gehört auch, dass in 2020 zwei Menschen in Sachsen und Thüringen durch homofeindlich motivierte Gewalt starben.

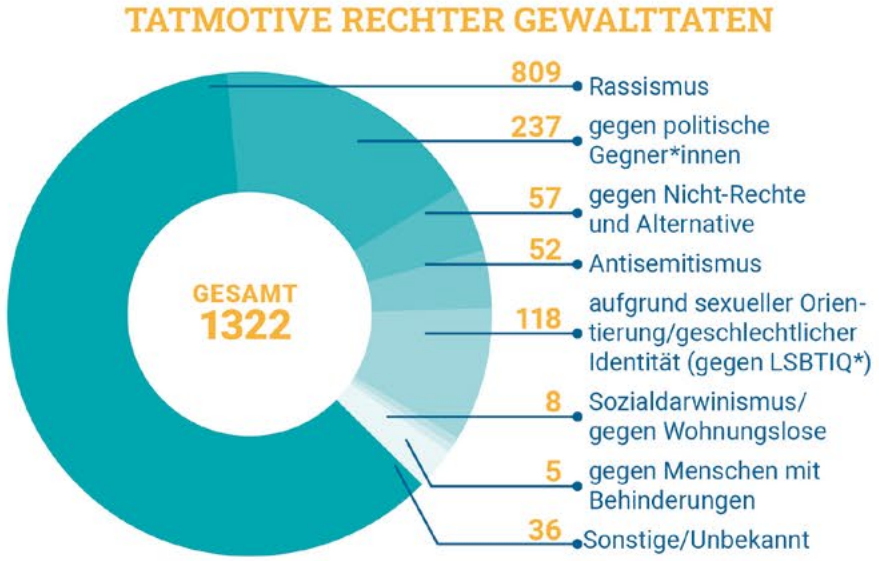
In den acht Bundesländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen wurden – trotz der Einschränkungen des öffentlichen Lebens in der Coronapandemie – 1.322 rechts, rassistisch und antisemitisch motivierte Angriffe registriert. Damit wurden in der Hälfte aller Bundesländer im Jahr 2020 täglich mindestens drei bis vier Menschen Opfer rechter Gewalt. Von den 1.922 direkt von diesen Taten Betroffenen sind fast ein Fünftel besonders schutzbedürftige Kinder und Jugendliche.

https://verband-brg.de/presse/#zahlen-fakten



Der VBRG – professionell & solidarisch an der Seite der Betroffenen

Damit Opfer rechter Gewalt bundesweit Zugang zu professionellen, unabhängigen, kostenlosen und parteilich in ihrem Sinne arbeitenden Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen erhalten, haben sich 14 unabhängige Beratungsstellen für Betroffene rechts, rassistisch und antisemitisch motivierter Gewalt aus 12 Bundesländern im VBRG e.V. zusammengeschlossen. Jährlich beraten und begleiten die VBRG-Mitgliedsorganisationen mit langjähriger Erfahrung und großer Expertise hunderte Betroffene rechter Gewalttaten. Sie unterstützen die direkt Betroffenen von Angriffen, Bedrohungen, Brandanschlägen und Überfällen ebenso wie deren Angehörige, enge Bezugspersonen und Zeug*innen: kostenlos, vertraulich, vor Ort, parteilich im Sinne der Betroffenen und auf Wunsch auch anonym.



Häufigstes Tatmotiv: Rassismus

Rassismus war auch 2020 – wie schon in den Vorjahren – das bei weitem häufigste Tatmotiv. Rund zwei Drittel aller Angriffe (809 Fälle) waren rassistisch motiviert und richteten sich überwiegend gegen Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrung und Schwarze Deutsche.

In der Coronakrise haben wir eine bedrohliche Normalisierung von Antisemitismus und Rassismus, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Teilhabe der Angegriffenen bedrohen erlebt. Bei einigen Protesten gegen die Infektionsschutzmaßnahmen tritt, bei aller Unterschiedlichkeit der Teilnehmenden, der dauernd latent vorhandene Antisemitismus hinter dem Verschwörungsdenken offen zutage. Die sehr rasante Dynamik der Aufheizung in den vergangenen Monaten – von permanenten Regelverletzungen über aggressives Verhalten und Bedrohungen sowohl vor Ort als auch in Social Media Kanälen bis zu Mordaufrufen und Gewalt – schafft den Nährboden für schwerste Gewalttaten gegen gesellschaftliche Minderheiten. So hat etwa anti-asiatischer Rassismus gegen Menschen mit asiatischen Wurzeln in der Pandemie sowohl durch Gewalttaten als auch Diskriminierungen und Beleidigungen ebenfalls zugenommen. Eine weitere große Gruppe, bei der im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg zu verzeichnen ist, ist die Gruppe der sogenannten politischen Gegner*innen (237), darunter auch Menschen, die direkt durch Teilnehmer*innen der Coronaleugner-Proteste angegriffen und verletzt wurden.

Hohe Diskrepanz zwischen Zahlen der Beratungsstellen und Strafverfolgungsbehörden

Besorgniserregend ist auch, dass die Diskrepanz zwischen den durch die Strafverfolgungsbehörden in der Kategorie „Hasskriminalität rechts“ in der Gesamtkategorie PMK-Rechts Gewalttaten registrierten 777 Gewalttaten für das gesamte Bundesgebiet in 2020 und den Zahlen der Opferberatungsstellen – 1.322 Gewalttaten in acht Bundesländern – konstant hoch bleibt. Wie schon in den Vorjahren fehlen in den Jahresbilanzen der Strafverfolgungsbehörden der Länder und des BKA zahlreiche Gewalttaten aus 2020, in denen die Täter mit unglaublicher Brutalität vorgegangen sind und offensichtlich aus rassistischer und rechter Motivation gehandelt haben. Dabei haben die Betroffenen die Schussverletzungen, Tritte, Schläge und Messerstiche der rechten Täter oft nur durch glückliche Umstände überlebt.

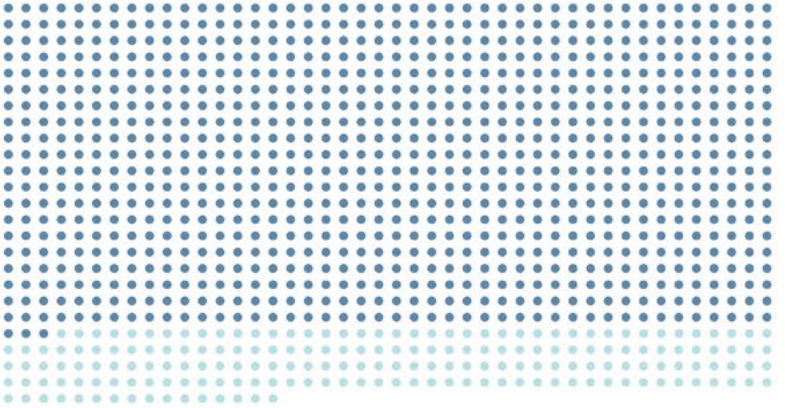
Die nach wie vor mangel- und lückenhafte Erfassung und Anerkennung von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus als Tatmotive durch Polizei und Justiz verschleiert das Ausmaß der tödlichen Dimension rechter Gewalt und lässt die Betroffenen im Stich. Dies zu ändern und dafür zu sorgen, dass die Betroffenen ihre Rechte als Verletzte wahrnehmen können und ihr Wunsch nach einer Anerkennung der Tatmotive durch Justiz und Öffentlichkeit erfüllt wird, gehörte auch in 2020 zu den zentralen Aufgaben der unabhängigen Opferberatungsstellen im VBRG e.V. . Einen Überblick hierüber erhalten Sie und Ihr auf den folgenden Seiten.

Der Vorstand und die Geschäftsstelle
Berlin, im Mai 2021

Die Anzahl der direkt Betroffenen im Jahresvergleich seit 2010 - erhoben von den Opferberatungsstellen in den ostdeutschen Bundesländern und Berlin.

DIREKT BETROFFENE 2020

1583 Erwachsene — **339** Kinder & Jugendliche



Neun Menschen starben durch Rassismus und Rechtsterrorismus, zwei Menschen durch homofeindliche Gewalt.

Rassismus ist erneut das Hauptmotiv bei 2/3 der Angriffe.

Täglich werden durchschnittlich bis zu vier Menschen angegriffen – trotz Ausgangsbeschränkungen in der Pandemie.

Gravierende Untererfassung durch Strafverfolgungsbehörden, auch bei schweren Gewalttaten.

Im Mittelpunkt: Die Perspektive der Betroffenen

Kapitel 2

Im Mittelpunkt: Die Perspektive der Betroffenen

Mit der Einberufung eines Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus reagierte die Bundesregierung im Juni 2020 darauf, dass alleine in den Jahren 2019 und 2020 zwölf Menschen bei rechtsterroristischen Attentaten in Istha bei Kassel, in Halle (Saale) und in Hanau ermordet und zahllose weitere verletzt und versehrt wurden.

Gemeinsam mit anderen Initiativen, Verbänden, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaftler*innen wurde auch der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. zu ***Arbeitsanhörungen und zu einer öffentlichen Sitzung des Kabinettsausschuss*** zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus am 2. September 2020 unter Leitung von Bundeskanzlerin Angela Merkel eingeladen.

Konkrete Veränderungen: Unbürokratische Grundrente

Der Perspektive der Angegriffenen – der Hinterbliebenen und Überlebenden der rechtsterroristischen Attentate von Hanau und Halle, der hunderten von rassistischer Alltagsgewalt Traumatisierten und Verletzten – Gehör zu verschaffen und in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu stellen, ist seit zwei Jahrzehnten das zentrale Anliegen der spezialisierten und professionellen Beratungsstellen. Daraus ergeben sich auch die konkreten Forderungen, die Vertreter*innen des VBRG im Kabinettausschuss sowie in Arbeitstreffen mit der Bundesministerin für Justiz und Verbraucherschutz, dem Stab des Opferbeauftragten der Bundesregierung und dem Bundesfamilienministerium erläuterten. Dazu gehören insbesondere die nachfolgenden Punkte:

Überlebende und Hinterbliebene rechtsterroristischer, rassistischer und antisemitischer Attentate und schwerer Gewalttaten benötigen eine neu zu schaffende, unbürokratische Grundrente mit einer adäquaten Existenzsicherung. Durch die mörderische Dimension von Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt werden Arbeitnehmer*innen, Studierende, Schüler*innen – ohne eigenes Zutun, alleine weil ihnen in der Ideologie der Täter die Existenzberechtigung abgesprochen wird – plötzlich zu Hilfebedürftigen in einem Hilfesystem von Landesversorgungs- und Sozialämtern, das ihre Anliegen oftmals zu langsam und mit institutionellem Rassismus behandelt. Die Unterstützung durch den Opferbeauftragten der Bundesregierung und das Bundesamt für Justiz haben zwar wichtige Signalwirkung, aber sie bieten keine langfristige existenzsichernde Perspektive für ein Leben nach traumatischer Gewalterfahrung in Würde.

Humanitäres Bleiberecht und Arbeitsdefinition Rassismus

Durch eine Erweiterung des Opferschutzes in §25 Aufenthaltsgesetz in Form eines Gesetzesvorhaben für ein humanitäres Bleiberecht für Betroffene rassistischer Gewalt ohne festen Aufenthaltsstatus sollte der Gesetzgeber den politischen Zielen des Rechtsterrorismus entgegen treten. Eine ausführliche Begründung für die Notwendigkeit eines humanitären Bleiberechts für Betroffene rassistischer Gewalt ohne gesicherten Aufenthaltsstatus hat der VBRG

e.V. auf Einladung des ***Innenausschuss des Deutschen Bundestages*** bei einer Expert*innenanhörung am 29. Juni 2020 in Form eines Gutachtens und einer mündlichen Stellungnahme dargelegt. (Das Gutachten finden Sie hier zum Download: https://verband-brg.de/stellungnahme-zum-entwurf-eines-gesetzes-zur-aenderung-des-aufenthaltsrechts-fuer-opfer-rechter-gewalt/)

Mit einer bundesweiten Studie zu Racial Profiling und Rassismus bei den Polizeibehörden des Bundes und der Länder wäre es möglich, das Ausmaß des Problems zu vermessen sowie wirksame Gegenmaßnahmen einzuleiten. Dies wäre ein wichtiger Schritt, um das bei vielen Betroffenen rassistischer und antisemitischer Gewalt erheblich beschädigte Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden – etwa durch die Netzwerke von rechtsextremen Polizisten und Elitesoldaten wie Nordkreuz oder NSU2.0 – wiederherzustellen. Zudem braucht es eine einheitliche und bundesweit verbindliche Arbeitsdefinition von institutionellem und strukturellem Rassismus, die Ausgangspunkt für Fortbildungen, Studien etc. in den Bereichen Polizei, Justiz, Bildung etc. wird. Als Orientierung dient die Definition der Rassismus-Enquete-Kommission des Thüringer Landtags. (Den gesamten Forderungskatalog finden Sie hier zum Download: https://verband-brg.de/der-kabinettsausschuss-muss-die-ueberlebenden-und-hinterbliebenen-rassistischer-rechter-und-antisemitischer-attentate-und-gewalt-zu-einer-eigenen-anhoerung-einladen/)

Podcastserie:
„Vor Ort: Gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt“

Mit der neuen Podcastserie „Vor Ort: Gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt“ verschafft der VBRG e.V. seit Beginn der Corona-Pandemie in Kooperation mit NSU Watch der Perspektive der Betroffenen auf Spotify und itunes Gehör. Berater*innen der unabhängigen Opferberatungsstellen, Betroffene und andere Expert*innen sprechen im Podcast darüber, wie Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt den Alltag vieler Menschen beeinträchtigen und beeinflussen. Denn inmitten der Coronakrise wird deutlicher denn je: die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt entscheidet zentral darüber, ob Marginalisierte noch mehr belastet, angegriffen und schutzloser werden. Oder ob Solidarität tatsächlich unteilbar ist. Zu den Gesprächspartner*innen in 12 Podcast-Folgen gehörten in 2020 unter anderen Überlebende

des Attentats von Hanau sowie des Oktoberfest-Attentats von 1980 in München, Betroffene der Nordkreuz-Feindeslisten, Journalist*innen, Rechtsanwält*innen und Wissenschaftler*innen.

Der Podcast wurde im Oktober 2020 mit dem Deutschen Einheitspreis 2020 der Bundeszentrale für politische Bildung in Bronze in der Kategorie Kultur ausgezeichnet.

Alle Folgen des Podcasts stehen auf itunes und Spotify sowie auf den Websites von NSU Watch und VBRG zur Verfügung: https://verband-brg.de/podcast/

Gegen uns: Betroffene im Gespräch über rechte Gewalt seit 1990 und die Verteidigung der solidarischen Gesellschaft

Anlässlich des 30. Jahrestags des Mauerfalls hat der VBRG e.V. in Zusammenarbeit mit der Filmemacherin und Regisseurin Julia Oelkers, der Opferberatung SUPPORT der RAA Sachsen e.V. sowie der Opferberatung ezra in Thüringen mit der Webdokumentation www.gegenuns.de ein Format geschaffen, das die Lebensgeschichten von Menschen, die aus unterschiedlichen rechten Motiven angegriffen wurden, in den Mittelpunkt stellt. Ihre Perspektiven und Erinnerungen und die der ihnen nahestehenden Menschen sind dabei zentral. Sie machen sowohl die Auswirkungen deutlich, die die Gewalt auf ihr Leben hat, als auch die Bedeutung von gesellschaftlicher Solidarität. Beim Zuhören wird deutlich: Rechte Gewalt richtet sich gegen die Betroffenen und auch gegen uns alle.

In den einzelnen Episoden berichten Betroffene über ihre Erfahrungen von Gewalt, Ausgrenzung und Kriminalisierung, aber auch von gelebter Solidarität und erfolgreichem Widerstand. Fotos, zeitgeschichtliche Dokumente und Hintergrundtexte ergänzen die Erzählungen und zeigen den gesellschaftlichen Kontext, in dem rechte Gewalt stattfindet.

In 2020 erschienen Episoden über den rassistischen Mord an Jorge Gomondai am 31. März 1991 in Dresden, über „Rassismus, rechte Gewalt und Migrantifa in Erfurt“ mit dem Rapper Rashid Jadla, über antimuslimische Gewalt gegen Frauen und den Mord an Marwa El-Sherbini am 1. Juli 2009 im Landgericht Dresden.

Die Webdokumentation gegenuns.de wurde im Oktober 2020 mit dem Deutschen Einheitspreis 2020 der Bundeszentrale für politische Bildung in Silber in der Kategorie Digitales ausgezeichnet.

Alle Episoden stehen unter www.gegenuns.de zur Ansicht.

Unterstützung der Angegriffenen mit Präsenzberatung und niedrigschwelliger Onlineberatung

Kapitel 3

Gut beraten:

Qualitätssicherung in Zeiten der Pandemie

Im Mittelpunkt der Beratungsangebote aller Mitgliedsorganisationen des VBRG e.V. steht die Perspektive der Betroffenen und ihre Wünsche danach, die materiellen und immateriellen Folgen einer rechts, rassistisch oder antisemitischen Gewalttat zu überwinden: Durch die Möglichkeit der Nebenklage im Strafverfahren gegen die Täter*innen, materielle Entschädigung, durch Begleitung bei Polizei, Staatsanwaltschaft und vor Gericht oder zur Ausländerbehörden, Jobcentern und anderen Institutionen.

Dazu gehören oft auch Öffentlichkeits- und Medienarbeit sowie Lobbyarbeit bei politisch Verantwortlichen und Behörden. Alle Mitgliedsorganisationen des VBRG haben sich auf gemeinsame Qualitätsstandards geeinigt. (Die Qualitätsstandards finden Sie hier zum Download: https://verband-brg.de/vbrg-qualitatsstandards-beratung-rechte-gewalt/)

Qualifizierung: Das Modulare Curriculum

Als Fachverband setzt sich der VBRG für eine weitere Professionalisierung der Opferberatung und für deren Anerkennung in der Sozialen Arbeit ein. Für die Berater*innen bietet der VBRG seit seiner Gründung in 2014 regelmäßig Fortbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen in Form eines 18-monatigen Modularen Curriculums mit sieben Modulen zu den Kernarbeitsfeldern für neue Berater*innen bei den Mitgliedsorganisationen an. Im Jahr 2020 konnten 14 Teilnehmende des 3. Modularen Curriculums ihre 18-monatige Qualifizierung beginnen. Die Referent*innen, das Organisationsteam der VBRG-Geschäftsstelle, das Tagungshaus Niederkaufungen und die Teilnehmenden reagierten auf die pandemiebedingten Einschränkungen von Präsenzveranstaltungen mit einem Wechsel zwischen Präsenz- und Online-Modulen.

Modul: 17. – 19. August 2020 (Niederkaufungen)
Einführung in die Beratung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Modul: 1. – 3. September 2020 (Niederkaufungen)
Schlüsselprozesse der Beratungsarbeit I.
Öffentlichkeitsarbeit
Selbstfürsorge und Schutz vor eigenen Belastungen/ Sekundärtraumatisierung in der psychosozialen Arbeit

Modul: 15. – 17. November 2020 (ONLINE-Modul)
Schlüsselprozesse der Beratung II.:
Viktimisierung, Trauma und Umgang mit schwierigen Beratungssituationen, Kollegiale Fallberatung I

Darüber hinaus konnte der VBRG e.V. sechs eintägige und zwei zweitägige Online-Fortbildungen für insgesamt 140 Teilnehmende aus allen fachspezifischen Opferberatungsstellen anbieten. Folgende Themen waren die Schwerpunkte der Online-Fortbildungen: „Anwendung und Entwicklungen im Opferentschädigungsgesetz“, „Besonderheiten in der Online- und Telefonberatung“ (2x), „Trauma und Traumafolgen nach Attentaten“ (2x), „Einführung in die Entschädigungsleistungen und finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für Betroffene rechtsmotivierter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“, „ Staatliche Strukturen und Opferberatungen bei rechtsterroristischen Attentaten“ (2x).

Nach dem rassistischen Attentat von Hanau

Nach dem rassistischen Attentat von Hanau am 19. Februar 2020 konnte der VBRG e.V. die Initiative Hanau 19. Februar sowie die hessische Opferberatungsstelle response bei der Beratung und Begleitung der Hinterbliebenen und Überlebenden des Attentats mit Hilfe von medico international, der Evangelischen Landeskirche Hessen-Nassau und der Demokratiestiftung campact durch die Finanzierung einer 30-Wochenstunden-Stelle für eine Traumaberaterin vor Ort in Hanau ab August 2020 unterstützen. Darüber hinaus begleitete der VBRG einzelne Aspekte der Öffentlichkeitsarbeit u.a. durch Pressemitteilungen und Veranstaltungsformate sowie durch eine Spendenkampagne in Zusammenarbeit mit der Initiative 19. Februar Hanau, der Amadeu Antonio Stiftung und der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main.

Support Compass: Aufbau einer Online-BeratungsApp

Während der Corona-Pandemie haben die 14 im VBRG e.V. zusammengeschlossenen Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ihre schon bestehenden Online-Beratungsangebote ausgebaut oder ad hoc Online-Beratungsangebote für Angegriffene und Ratsuchende geschaffen. In einer AG Online-Beratung, die von der Mobilen Opferberatung in Sachsen-Anhalt und der Online-Beratung der RAA Sachsen e.V. als diejenigen Beratungsstellen mit inzwischen mehrjähriger Erfahrung in der Online-Beratung geleitet wird, haben die Beratungsstellen parallel zur fortschreitenden Pandemie im Jahr 2020 ihren Bedarf für eine gemeinsame Online-Beratungsplattform des VBRG e.V. erarbeitet. Hierbei wurde festgestellt, dass es einen hohen Bedarf an einer gemeinsamen, mehrsprachigen VBRG-Online-BeratungsApp für Smartphones mit einer open-source basierten Beratungssoftware gibt. Durch eine zusätzliche Förderung des BMFSFJ im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! wurde ab November 2020 in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz, das für die Migrationsberatungsstellen des DRK eine eigenes Online-basiertes Beratungsangebot mitsamt Software entwickelt, mit dem Aufbau der BeratungsApp „Support Compass“ begonnen. Ziel ist es, im Jahr 2021 mit „Support Compass“ eine weitere niedrigschwellige Möglichkeit zu schaffen, die Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt den hybriden Zugang zu den Beratungsangeboten der fachspezifischen Opferberatungsstellen ermöglicht.

Zahlreiche Menschen, darunter viele Kulturschaffende,
ermöglichen durch solidarische Spenden konkrete Hilfe nach rechter Gewalt.

Kapitel 4

Der Opferhilfsfonds: Gemeinsam existenzielle Folgen rechter Gewalt abmildern

Für die Betroffenen sind die Folgen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten meist sehr weitreichend. Häufig gehen mit den Angriffen schwerwiegende physische und psychische Verletzungen einher. Viele Betroffene geraten dadurch auch in finanzielle Schwierigkeiten. In dieser Situation kann der VBRG-Opferhilfsfonds im Rahmen einer Einzelfallhilfe finanziell unterstützen: z.B. durch die Finanzierung einer anwaltlichen Vertretung, durch den Ausgleich von entstandenen Sachschäden, durch die Übernahme von Fahrtkosten zu Therapeut*innen oder Anwält*innen oder um einen notwendigen Umzug zu ermöglichen. Die Notwendigkeiten für materielle Unterstützung sind vielfältig und von der jeweiligen individuellen Situation der Betroffenen abhängig.

Viele Betroffene leiden oft noch lange an den physischen, psychischen, materiellen und sozialen Folgen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten. Um ein deutliches Zeichen der Solidarität zu setzen, bietet der VBRG e.V. durch den Opferhilfsfonds auf Antrag unbürokratische und zeitnahe finanzielle Unterstützung.

Der VBRG-Opferhilfsfonds ist ausschließlich durch Spenden von Einzelpersonen und Kulturschaffenden finanziert. In 2020 konnten Spendengelder in Höhe von insgesamt 55.453 Euro an 24 Betroffene ausgezahlt werden. Ein interdisziplinärer und unabhängiger Beirat entscheidet über jeden Antrag, der beim VBRG-Opferfonds gestellt wird.

Mitglieder im Beirat sind die folgenden Expert*innen:

Esin Erman, Dipl.-Psychologin und psychologische Psychotherapeutin in eigener Praxis in Berlin, Dozentin, Supervisorin und Lehrtherapeutin. Ihre Schwerpunkte in der psychotherapeutischen Tätigkeit sind Traumatherapie, Psychotherapie und Rassismus, darunter auch die Wiederholung von Rassismuserfahrungen im psychotherapeutischen Raum.

Robert Kusche, Osteuropa- und Politikwissenschaftler sowie Public Administration Experte. Er ist Geschäftsführer des RAA Sachsen e.V. und Mitglied im Vorstand des VBRG.

Prof. Dr. Miriam Rürup, Historikerin und seit 1. Dezember 2020 Direktorin des Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam. Sie beschäftigt sich unter anderem mit der Geschichte von Staatenlosigkeit, Menschenrechten und Migration und der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit.

Dr. Astride Velho, Diplom Psychologin und Professorin für Soziale Arbeit an der IUBH in München. Sie hat viele Jahre im Flüchtlings- und Migrationssozialbereich gearbeitet.

Ünal Zeran, Rechtsanwalt ohne Migrationsdefizit in Hamburg. Er ist vornehmlich im Bereich des Migrationrechts tätig und setzt sich gemeinsam mit Angehörigen für ein selbstbestimmtes Gedenken und Erinnern an Opfer rassistischer Gewalt ein.

Ausgewählte Spendenaktionen unter Beteiligung des VBRG

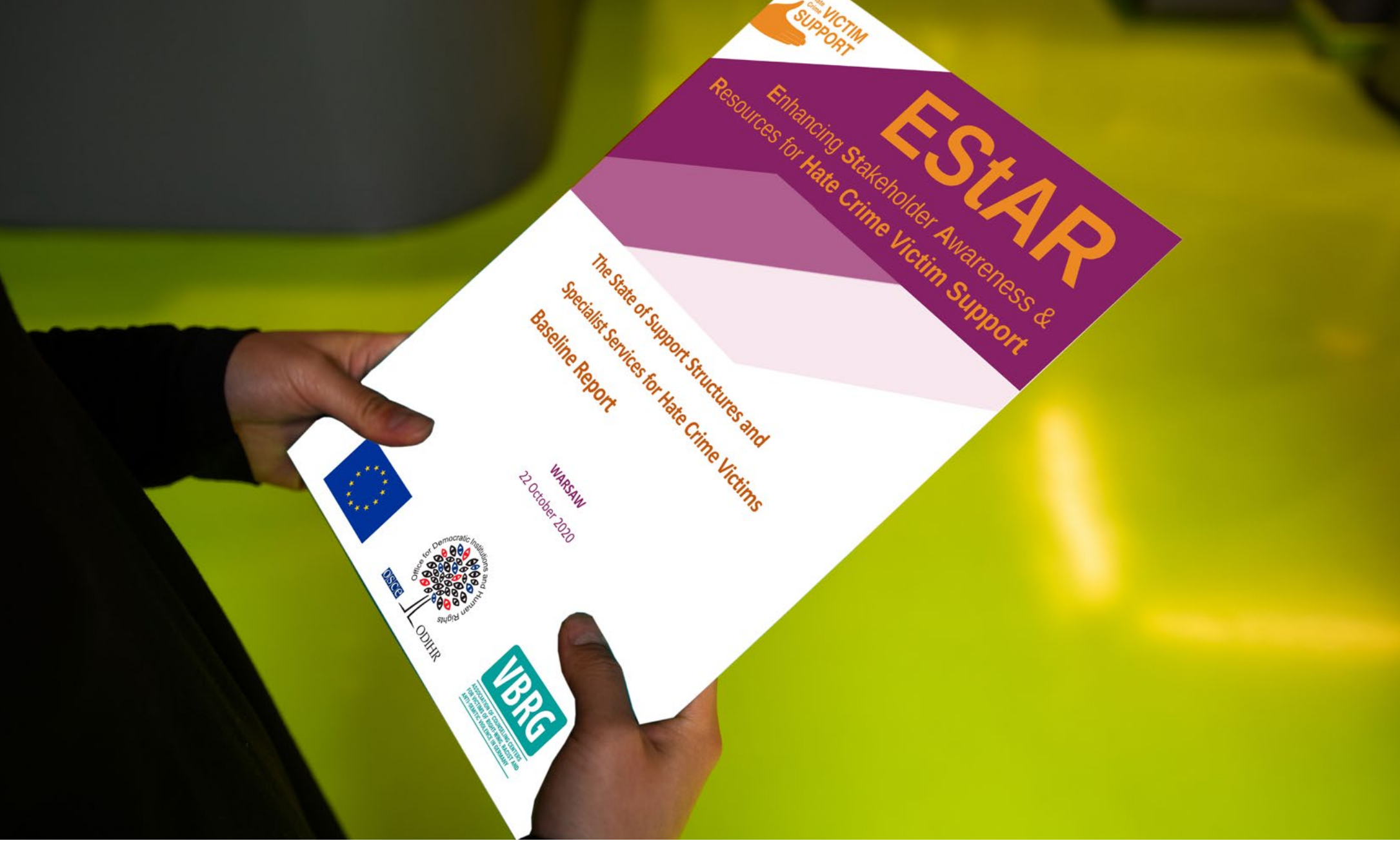
Durch eine gemeinsame Spendenaktion des VBRG e.V. mit der Amadeu Antonio Stiftung, dem Zentralrat deutscher Sinti und Roma sowie der Initiative Hanau 19. Februar und Bildungsstätte Anne Frank konnten mehr als 100.000 Euro Spenden an 65 Betroffene des Attentats in Hanau ausgezahlt werden.

Durch eine Spendenaktion von Friendly Fire konnte der VBRG-Opferhilfsfonds im Dezember 2020 die neun Familien der Ermordeten in Hanau zusätzlich mit jeweils 5.000 Euro unterstützen.

Durch einen gemeinsamen Spendenaufruf mit dem Tribunal NSU-Komplex auflösen, dem Niedersächsischen Flüchtlingsrat und lokalen Initiativen in Celle konnten der Familie von Arkan Hussein Khalaf, der am 7. April 2020 in Celle einem mutmaßlich rassistisch motivierten Tötungsdelikt zum Opfer fiel, Spendengelder in 2020 in Höhe von 4000 Euro zur Verfügung gestellt werden.

Durch eine Spendenaktion Birlikte Raffles konnten 10.000 Euro für die Revisionskosten von zwei Überlebenden des Halle-Attentats zur Verfügung gestellt werden.

Spenden an den Opferhilfefonds des VBRG e.V. sind steuerlich abzugsfähig. Alle weiteren Informationen finden Sie hier:



In Kooperation zwischen ODIHR und dem VBRG e.V. als zivilgesellschaftlicher Partner ist ein internationales Expert*innen-Netzwerk entstanden.

Kapitel 5

Ein internationales Netzwerk: Enhancing Stakeholders Awareness and Resources for Hate Crime Victims Support (EStAR)

Im Jahr 2020 hat der VBRG e.V. mit der Umsetzung unseres ersten internationalen Projekts begonnen. EStAR wurde als zweijähriges Projekt konzipiert, das gemeinsam mit ODIHR, dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in 41 Ländern und assoziierten Staaten durchgeführt wird. Das Projekt wird durch das Programm für Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft der Europäischen Union (2014-2020) und durch die Bundesregierung unterstützt.

Die Ziele von EStAR

Folgende Ziele und Arbeitsaufgaben verfolgen ODIHR und der VBRG mit EStAr-Projekt:

- Die Sensibilisierung für die OSZE/EU-Verpflichtungen, Standards und wirksame Modelle zur Unterstützung von Opfern von Hassverbrechen.

Die Entwicklung sehr praktischer Instrumente, um folgendes zu erreichen:

- Die Verbesserung der Strukturen für die Unterstützung von Betroffenen von Hassverbrechen durch Stärkung der Zusammenarbeit und Integration der Bemühungen von Staat und Zivilgesellschaft.
- Den Aufbau von Kapazitäten in der Strafjustiz, um Betroffene von Hasskriminalität zu unterstützen.
- Den Auf- und Ausbau spezialisierter Beratungsstellen für Betroffene von Hassverbrechen in den OSZE-Staaten zu begleiten und zu unterstützen.

Der Betroffenen-zentrierte Ansatz: Das Schlüsselprinzip von EStAR

Im ersten Jahr des Projekts konnte erstmals ein internationales Netzwerk von Expert*innen für die Unterstützung von Betroffenen von Hasskriminalität aufgebaut werden, bestehend auf Repräsentant*innen von Regierungsstrukturen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus 41 Ländern. Die im EStAr-Netzwerk aktiven Expert*innen, entwerfen und verantworten zum einen die Strategien ihrer jeweiligen Regierungen zur Bekämpfung von Hassverbrechen. Gleichzeitig sind im Netzwerk auch viele Expert*innen

von Organisationen, die Betroffene von Rassismus, Antisemitismus, anti-schwarzem Rassismus, Hass gegen Sinti und Roma, Islamphobie, Homophobie, Transphobie und allen anderen Formen von Hasskriminalität direkt unterstützen. Die Expert*innen bringen die jeweiligen Perspektiven und das Fachwissen der einzelnen Länder in die im Rahmen des EStAR-Projekts entwickelten Ressourcen ein.

Wichtige Grundlagen: Die EStAr-Analysen und das Netzwerk

Die erste EStAR-Veröffentlichung ist die „Analyse zu Bedürfnissen von Betroffenen von Hassverbrechen". Die Analyse umreißt die häufigsten Bedürfnisse und Bedarfe von Betroffenen von Hassverbrechen und geht auf die von ihnen benötigten besonderen Schutz und Unterstützung ein. Die Analyse betont den betroffenenzentrierten Ansatz, eines der Grundprinzipien, auf denen das gesamte EStaR-Projekt basiert. Die Publikation soll Fachpersonen aus der Strafjustiz und Opferhilfsorganisationen dabei helfen, die Bedürfnisse von Opfern von Hassverbrechen adäquat zu erkennen, zu verstehen und darauf zu reagieren. (Die Analyse zum Download finden Sie hier: https://verband-brg.de/wp-content/uploads/2020/04/OSCE-Understanding-the-Needs-of-Hate-Crime-Victims-EStAR-Project-ODIHR-and-VBRG.pdf)

Der „Grundlagenbericht über den Stand der Unterstützungsstrukturen und Fachdienste für Betroffene von Hassverbrechen" enthält die Ergebnisse einer vom EStAR-Team durchgeführten Bestandsaufnahme der Strukturen und Dienste zur Unterstützung von Betroffenen von Hassverbrechen in den Projektländern. Der Bericht zeigt auch Lücken in der Unterstützung für Opfer von Hassverbrechen auf und bietet Beispiele für bewährte best-practice Verfahren aus den Projektländern. (Den Grundlagenbericht zum Download finden Sie hier: https://verband-brg.de/wp-content/uploads/2020/04/OSCE-The-State-of-Support-Structures-and-Specialist-Services-for-Hate-Crime-Victims-Baseline-Report-EStAR-Project-by-ODIHR-and-VBRG.pdf)

Die Betroffenen von Hassverbrechen benötigen spezifische Unterstützungsangebote. Um sicherzustellen, dass diese Unterstützung ihren Bedürfnissen entspricht, hat das EStAR-Projekt die „Modell-Qualitätsstandards für die Unterstützung von Betroffenen von Hassverbrechen" entwickelt. Dieser Leitfaden richtet sich an alle staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen - unabhängig von ihrer Größe und Ausstattung und davon, ob es sich um allgemeine oder spezialisierte Anbieter von Opferhilfe handelt. Der Leitfaden dient als Hilfestellung, um spezialisierte Beratungsangebote und Dienstleistungen für Opfer von Hassverbrechen zu entwickeln und vorzuhalten. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass eines der Ergebnisse des EStAr-Projekts ist, dass es an spezialisierter Unterstützung für Opfer von Hasskriminalität mangelt und

dass die Angebote innerhalb und außerhalb der EU uneinheitlich sind. Die in diesem Leitfaden vorgeschlagenen Qualitätsstandards werden durch die EU-Opferrechts-Richtlinie untermauert. (Den Leitfaden zum Download finden Sie hier: https://verband-brg.de/wp-content/uploads/2020/04/OSCE-Model-Quality-Standards-for-Hate-Crime-Victim-Support-EStAR-Project-by-ODIHR-and-VBRG.pdf)

Digitale Arbeitskonferenzen

Das EStAR-Projektteam hat im ersten Projektjahr sowohl eine Reihe von Veröffentlichungen erstellt, sowie auch mehrere Online-Veranstaltungen organisiert. Darunter auch die erste Projektkonferenz, die vom 8. bis 10. September 2020 stattfand in der rund 80 Teilnehmer*innen aus 37 Staaten u.a. über den Grundlagenbericht und best practice Beispiele diskutierten.

Am 26. November 2020 fand ein Online-Diskussionsforum unter Beteiligung von 50 EStAR-Expert*innen zur Umsetzung der EU-Richtlinie über die Rechte von Opfern und die kürzlich verabschiedete EU-Strategie für die Rechte von Opfern von Hassverbrechen statt. Schwerpunkt der Diskussion war eine der in der Strategie festgelegten Prioritäten: die Stärkung der Zusammenarbeit und Koordination zwischen allen relevanten Akteur*innen zur Unterstützung von Betroffenen von Hassverbrechen. Am 14. Dezember 2020 konnte das Projektteam das EStAR-Projekt auf der 8. Sitzung der Hochrangigen Gruppe der EU zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen Formen der Intoleranz vorstellen.

https://verband-brg.de/estar/

VBRG VERBAND DER BERATUNGSSTELLEN FÜR BETROFFENE RECHTER, RASSISTISCHER UND ANTISEMITISCHER GEWALT E.V.

Das Wichtigste in Zahlen:

14 Mitgliedsorganisationen in 12 Bundesländern
1 Geschäftsstelle in Berlin

Die Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt haben seit ihrer Entstehung tausende Betroffene, ihre Angehörigen und Zeug*innen von Angriffen beraten und unterstützt. Ziel der Unterstützung ist es den Betroffenen dabei zu helfen die Tatfolgen zu überwinden, sie in ihrer Handlungsautonomie und Entscheidungskompetenz zu stärken und die eigene Handlungsfähigkeit wiederherzustellen. Die Mitgliedsorganisationen des VBRG arbeiten nach gemeinsamen Qualitätsstandards.

Die VBRG-Mitgliedsorganisationen beraten

- kostenlos
- aufsuchend – Betroffene können den Ort des Treffens selbst wählen.
- mehrsprachig – Bei Bedarf wird die Beratung durch Übersetzer*innen unterstützt.
- vertraulich – Ohne Einverständnis werden keine Informationen an Dritte weitergegeben. Auf Wunsch wird auch anonym beraten.
- klientenorientiert – Die Beratung richtet sich nach den Wünschen, Perspektiven und Bedürfnissen der Betroffenen und ist nicht an die Erstattung einer Anzeige geknüpft.
- unabhängig von allen Behörden

Zu den Angeboten zählen:

- Unterstützung und Beratung bei der emotionalen Verarbeitung des Angriffs
- Entscheidungshilfen zum weiteren Vorgehen,
- Hinweise zu juristischen Möglichkeiten (Anzeige, Nebenklage etc.),
- Unterstützung bei der Suche nach Rechtsanwält*innen,
- Begleitung zu Behörden, Polizei, Rechtsanwält*innen, Ärzt*innen, etc.,
- Vor- und Nachbereitung von Gerichtsverfahren und Begleitung zu Gerichtsterminen,
- Beratung über finanzielle Unterstützung (z.B. Prozesskostenhilfe, Entschädigungszahlungen) und Hilfe bei Anträgen,
- psychosoziale Beratung,
- Vermittlung von therapeutischen und ärztlichen Angeboten,
- Öffentlichkeitsarbeit, um für das Problem rechter Gewalt zu sensibilisieren
- Unterstützung bei der Verbesserung der Lebenssituation, um die Sicherheit der Betroffenen (wieder) herzustellen

Die Arbeit des VBRG e.V. wird ermöglicht durch die folgenden Fördermittelgeber:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Förderung in 2020 im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! in Höhe von 240.000 Euro.

Beauftragte der Bundesregierung für Flüchtlinge, Migration und Integration
Förderung in 2020 in Höhe von: 80.000 Euro

Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE) Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR)
Förderung in 2020 in Höhe von: 51.600 Euro

Amadeu Antonio Stiftung
Förderung in 2020 in Höhe von: 7.000 Euro, davon 2.000 Euro in unbaren Leistungen.

Demokratiestiftung Campact
Förderung zur Verwendung in 2020/21 in Höhe von: 40.000 Euro

medico international
Förderung in 2020 in Höhe von: 10.015,00 Euro

Weitere Informationen zum VBRG:

www.verband-brg.de

Folgen Sie dem VBRG auf Twitter und Instagram:

@rechte_gewalt